



Ansicht

4.14

Zukunft der Pflege. Es bedarf zeitgemäßer Angebote jenseits der Familien, um pflegebedürftigen Menschen ein würdiges Leben im Alter zu ermöglichen. Angebote im Wohnquartier vor Ort sind eine Lösung.



Liebe Leserin, lieber Leser

Das Thema Pflege ist angesichts einer alternden Gesellschaft, der wachsenden Kluft zwischen Arm und Reich und mit Blick auf einen erkennbaren Mangel an Fachkräften von eminenter Bedeutung für die Zukunft unserer Gesellschaft. Pflegebedürftigkeit kann schnell zu einem Lebensrisiko werden und jeden von uns treffen. Neben Fragen angemessener Betreuung steht vor allem die der Finanzierung von Pflegebedürftigen im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit. Die Pflegeversicherung war immer als Teilkaskosystem und als Ergänzung zur familialen Pflege gedacht. Doch die klassischen Familienstrukturen, von denen einst die Begründer der Pflegeversicherung ausgingen, entsprechen nur noch selten der Lebensrealität und den veränderten Lebensentwürfen der Bevölkerung. Dort, wo Familie nicht unterstützen kann – aus welchen Gründen auch immer –, dort, wo gar keine Familie vorhanden oder eine Kompensation über private Finanzmittel nicht möglich ist, bedeutet ein Teilkaskosystem fast immer Unterversorgung. Gleichzeitig müssen wir feststellen, dass die Kosten für private Pflege kontinuierlich angestiegen und für die Mehrzahl der Menschen gar nicht zu stemmen sind. Die AWO fordert daher schon seit geraumer Zeit eine Pflege-Bürgerversicherung. Diese würde einen wichtigen Beitrag zur Verminderung von sozialer und gesundheitlicher Ungleichheit leisten. Wenn gute Pflege zukünftig immer mehr davon abhängt, wie viel jemand privat dazuzahlen kann, dürfte der seit Jahren belegte Zusammenhang zwischen sozialer und gesundheitlicher Ungleichheit zunehmend auch auf die Pflege zutreffen. Diese Ungleichheit zu vermeiden, ist eine wesentliche Herausforderung für die Zukunft.

Wenn das Netzwerk Familie zunehmend wegbricht, sind andere Strukturen vor Ort gefordert. Für die AWO ist hier, wie im vorliegendem Heft beispielhaft ausgeführt, eine zukunftsgerechte Quartiersarbeit von großer Bedeutung. Im Namen der Redaktion wünsche ich Ihnen eine ertragreiche Lektüre, einen geruhsamen Jahresausklang und einen guten Start in das neue Jahr.

Ihre Brigitte Döcker,
Mitglied des Vorstands

IMPRESSUM

Herausgeber

AWO Bundesverband e. V.
Blücherstraße 62/63 · 10961 Berlin
Tel 030/26309-0 · Fax 030/26309-32599
info@awo.org · www.awo.org

Redaktion AWO Ansicht

Tel 030/26309-4553 · Fax 030/26309-324553
awo-ansicht@awo.org

Redaktion Brigitte Döcker · Mona Finder
Berit Gründler · Peter KuleBa (v.i.S.d.P.)
Wolfgang Stadler

Konzept und Gestaltung Stephanie Roderer,
München · www.stephanie-roderer.de

Fotografie Titel, S. 10, 11, 13 – 17 Wolfgang Siesing
S. 3, 4, 5, 8 AWO Bundesverband · S. 4 AdsD /
Friedrich-Ebert-Stiftung · S. 6 Ingo Lang
S. 7 action medeor/ISAR · S. 9 fotolia.com,
istockphoto.com, shutterstock.com · S. 20 Sylvia
von Canstein · S. 21 AWO Landesverband Schleswig-
Holstein · S. 22 Joachim Zeller

Anzeigen AWO Bundesverband e. V.

Druck

Ulenspiegel Druck GmbH & Co. KG, Andechs
Der Standort hat ein geprüftes Umweltmanagement nach EMAS D-155-00126
Gedruckt auf Arctic Volume white FSC®
mixed credit – GFA-COC-001787

Es gilt jeweils die männliche bzw. weibliche Schreibform für beide Geschlechter.



geprüftes
Umweltmanagement
D-155-00126



MIX
Papier aus verantwortungsvollen
Quellen
FSC® C015171



KINDERBETREUUNG

Bundesqualitätsgesetz für Kindertagesbetreuung

Auf einer gemeinsamen Pressekonferenz in Berlin forderten kürzlich der Arbeiterwohlfahrt Bundesverband (AWO), der Deutsche Caritasverband (DCV) und die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) einen Prozess zur Entwicklung eines Bundesqualitätsgesetzes für die Kindertageseinrichtungen und die Kindertagespflege. Die Umsetzung des Rechtsanspruches auf einen Kita-Platz für unter Dreijährige und die Bewältigung des regional sehr unterschiedlichen Fachkräftemangels haben die Qualitätsdiskussion in den letzten Jahren in den Hintergrund treten lassen. Aus Sicht von AWO, DCV und GEW ist die Qualität in der Kindertagesbetreuung jedoch die zentrale Herausforderung der nächsten Jahre. So brauchen Kinder und pädagogische Fachkräfte gute Bedingungen, um die ersten Lebensjahre zu erfolgreichen Bildungsjahren werden zu lassen. »Entscheidend ist, dass es gelingt, das Recht des Kindes auf eine angemessene Bildung, Erziehung und Betreuung unabhängig von seinem Wohnort und seiner Herkunft sicherzustellen«, betont Caritas-Generalsekretär Georg Cremer.

»Die Qualität der Kinderbetreuung darf nicht von der aktuellen Kassenlage einer Kommune abhängen«, so Wolfgang Stadler, Bundesvorsitzender der AWO. »Kinder brauchen pädagogische Fachkräfte, die durch bessere Rahmenbedingungen entlastet werden, um die an sie gestellten gesellschaftlichen Anforderungen erfüllen zu können«, unterstreicht Marlis Tepe, Vorsitzende der GEW. Dafür bedarf es einer dauerhaft gesicherten Finanzierung, an der sich Bund, Länder und Kommunen beteiligen.

➔ Matthias Ritter-Engel • Tel 030 / 26309170
matthias.ritter-engel@awo.org

Prof. Dr. Cremer, Generalsekretär des Deutschen Caritasverbandes; Marlis Tepe, Vorsitzende der Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft; AWO Bundesvorsitzender Wolfgang Stadler und Ute Welty, Moderatorin, in der Bundespressekonferenz zu Berlin.

INKLUSION

Abschluss Inklusionsprojekt

InDuBi – Inklusion durch Bildung ist ein vom AWO Bundesverband e.V. initiiertes Projekt. Im Zeitraum von 2012 bis 2014 wurden Weiterbildungen zu Inklusion entwickelt und durchgeführt. Diese richteten sich an Fach- und Leitungskräfte aus den Bereichen der Kinder- und Jugend- sowie Altenhilfe in Nordrhein-Westfalen. Die Projekterfahrungen, die gesammelt wurden, bieten Perspektiven für den Gesamtverband. Als zentrales Arbeitsergebnis wurde kürzlich in Köln das Arbeitsbuch »Auf dem Weg zur Inklusion« präsentiert. Das Buch verbindet Erfahrungen aus der Praxis und wissenschaftliche Sichtweisen. Es ist ein an AWO-Einrichtungen gerichtetes praktisches Arbeitswerkzeug für eine Entwicklung hin zur Inklusion.

➔ Michael Komorek • Tel 030 / 26309147
michael.komorek@awo.org

HISTORISCHES PORTRÄT

Anna Nemitz

Anna Nemitz (1873 – 1962) war bei der Eintragung des Hauptausschusses /AW als Verein 1925 Gründungsmitglied. Von 1922 bis 1933 war sie Reichstagsabgeordnete der USPD / ab 1922 SPD. Nemitz lebte in der Nachbarschaft ihrer engen Freundin Marie Juchacz in Berlin-Köpenick. Ihre Wohnung diente oft als Treffpunkt für den politischen Freundeskreis, auch als diese Treffen 1933 »illegal« wurden. Nach 1945 wirkte sie aktiv am Wiederaufbau der Arbeiterwohlfahrt mit.



➔ Weitere Informationen zum Wirken von Anna Nemitz im Historischen Archiv der AWO www.awo-historie.org



VERBANDSINFORMATION

Gemeinsame Konferenz von Alt und Jung

Am 8. November kamen der AWO Bundesverband und das Jugendwerk der AWO »Seit an Seit« zu ihrer 1. Gemeinsamen Konferenz in Berlin zusammen. Beide Verbände stellen sich in die Tradition der Arbeiterbewegung und vereinen das Ziel von Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit. Neben verbandspolitischen Fragen zur Stärkung und Gestaltung der Verbände in der Zukunft wurden unterschiedliche Themenfelder im Rahmen eines World-Cafés diskutiert und Handlungsempfehlungen für die Praxis entwickelt. Wie werden demokratische Entscheidungsprozesse und Beteiligung in den beiden Verbänden gelebt? Welche neuen Betätigungsfelder ergeben sich und können von Jugendwerk und AWO gemeinsam bearbeitet werden? Wo finden sich Gemeinsamkeiten in den sozialpolitischen Positionen der Verbände? Welche wichtigen Unterschiede gibt es? Das waren nur einige der Fragestellungen, die gemeinsam diskutiert wurden.

Die zuständige Bundesministerin Manuela Schwesig hielt ein Grußwort zu den Themen Jugendpolitik und Jugendhilfe. Prof. Andreas Thimmel von der FH Köln machte eine fachliche Tageszusammenfassung und skizzierte offene Fragestellungen für beide Verbände und ihre Zukunft. Ein gemeinsamer »bunter Abend« rundete den entspannten »Generationenaustausch« ab. Während der gesamten Konferenz konnte via Twitter und Facebook mitdiskutiert werden – was zahlreiche Nutzer lebhaft taten.

Am darauffolgenden Tag kamen ebenfalls in Berlin Delegierte zu einer AWO-Sonderkonferenz zusammen. Nach engagierter Diskussion verabschiedeten die Delegierten mit großer Mehrheit Statut, Satzung des Bundesverbandes und die Schiedsordnung.

Die Sonderkonferenz – eine zwischen den Bundeskonferenzen 2012 und 2016 zusätzlich stattfindende Bundeskonferenz – setzt sich nach einem festgelegten Schlüssel aus Vertretern des Verbandes zusammen. Die Bundeskonferenz ist das oberste Beschlussorgan des AWO Bundesverbandes.



»Seit an Seit«: Jugendwerksvorsitzender Marcus Adler, Bundesministerin Manuela Schwesig (SPD), Jugendwerksvorsitzende Sophie Felte, AWO Präsident Wilhelm Schmidt (v.l.n.r.).

➔ Weitere Informationen, Berichte, Fotos und Filme können im AWO-Informationsservice eingesehen werden unter www.awo-informationsservice.org



WOHLFAHRTSVERBÄNDE

Sonderband »Sorgen für Wohlfahrt«

Die Freie Wohlfahrtspflege leistet in Deutschland einen Großteil der Versorgung hilfebedürftiger Menschen und beschäftigt mehrere Millionen hauptamtlich und freiwillig Mitarbeitende. Zum 90. Geburtstag der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (BAGFW) reflektiert ein Sonderband der Zeitschriften »Blätter der Wohlfahrtspflege« und »Sozialwirtschaft« – u.a. mit Beiträgen des AWO Bundesvorsitzenden Wolfgang Stadler, Georg Cremer, Michael Löher, Rolf Rosenbrock, Uwe Schwarzer, Gerhard Timm und Wolf Rainer Wendt –, was Wohlfahrt und ihre Pflege eigentlich bedeuten und wofür die Verbände der Wohlfahrtspflege eintreten. Nach Jahrzehnten institutioneller Ausprägung der öffentlichen und Freien Wohlfahrtspflege und ebenso langer Kritik an ihren Strukturen erfolgt in diesem Buch eine Verständigung über Wesen und Wandel, Stellung und Funktion der freigemeinnützigen Verbände. Sie sind sozialwirtschaftlich unterwegs in der Gestaltung sozialer Daseinsvorsorge.

➔ Anna Christina Koch • Tel 030/26309192
annachristina.koch@awo.org

JUGEND

Berufliche Bildung stärken

Das deutsche Bildungssystem versagt dabei, allen Kindern und Jugendlichen unabhängig von ihrer Herkunft gleiche Bildungschancen zu bieten. Seit Jahren bleibt die Zahl von knapp 1,4 Millionen jungen Menschen zwischen 20 und 29 Jahren ohne formalen beruflichen Abschluss gleich. Deshalb fordert die AWO eine Ausbildungsgarantie. Bund, Länder und Kommunen sollten nach Meinung der AWO eine gemeinsame Strategie entwickeln, die ein kohärentes Förderkonzept beinhaltet und genügend betriebliche, schulische oder außerbetriebliche Ausbildungsplätze zur Verfügung stellt. Die isolierte Planung von Maßnahmen, wie bisher gängige Praxis, ist nicht zielführend und darf es somit zukünftig nicht mehr geben. In die Planung miteinbezogen werden sollten die Träger der Jugendsozialarbeit, da sie mit ihrem Know-how sozialpädagogisch orientierter Bildungskonzepte auch Jugendliche erreichen und fördern können, die sonst für eine qualifizierte Ausbildung verloren gehen. »Nur so kann sichergestellt werden, dass alle jungen Frauen und Männer einen Ausbildungsplatz erhalten«, ist AWO Bundesvorsitzender Wolfgang Stadler überzeugt.

➔ Klaus Theißen • Tel 030/26309167
klaus.theissen@awo.org



INNOVATIVE PROJEKTE

Mehrgenerationen- park in Runderoth

Die AWO Rhein-Oberberg hat in Zusammenarbeit mit der Gemeinde Engelskirchen ein ehemaliges Freibadgelände so umgebaut, dass sich dort alle Generationen wohlfühlen können. Es bestehen verschiedene Möglichkeiten, sportlichen Aktivitäten nachzugehen; neben der offenen Jugendarbeit schaffen intergenerative Angebote und ein Cafébetrieb Raum für Begegnung und Solidarität zwischen den Generationen, Kulturen und sozialen Gruppierungen. Neben der Förderung von Gemeinschaftsaktivitäten und dem intergenerationalen Erfahrungstransfer geht es immer auch um die Herstellung von Chancengleichheit beim Zugang zu Hilfs-, Beratungs- und Bildungsmöglichkeiten sowie zu präventiven/gesundheitsfördernden Ressourcen – unter Berücksichtigung von bürgerschaftlichem Engagement und Beteiligungsmöglichkeiten für jede Altersgruppe.

➔ Carmen Barger • Tel. 02263/9692678
c.barger@awo-rhein-oberberg.de • www.awo-oberberg.de



HELFEN SIE!

**Unterstützen Sie mit Ihrer Spende
den Kampf gegen Ebola.
Vielen Dank!**

 **AWO International e. V.**
Stichwort: Nothilfe Ebola
IBAN: DE83 1002 0500 0003 2211 00
BIC: BFSWDE33BER

AWO INTERNATIONAL

Ebola-Epidemie in Afrika

Es ist der schwerste Ebola-Ausbruch aller Zeiten: Laut Angaben der Weltgesundheitsorganisation (WHO) haben sich seit Ausbruch der Seuche im März bereits mehr als 13.000 Menschen mit dem Virus infiziert. Fast 5.000 Menschen sind gestorben. Die Dunkelziffer dürfte deutlich höher liegen. Neben der medizinischen Krise kommt es vermehrt zu Unruhen, da durch die Ebola-Epidemie die Lebensmittelpreise steigen. Die Vereinten Nationen warnen vor einer Hungerkrise in der betroffenen Region. Dringender denn je ist Hilfe erforderlich.

AWO International ruft gemeinsam mit dem Bündnis Aktion Deutschland Hilft (ADH) zu Spenden auf, um den Menschen in den von Ebola betroffenen Gebieten zu helfen. Die Mitgliedsorganisationen von ADH sind in engem Austausch, um gemeinsam koordinierte Hilfe zu leisten. Im Vordergrund stehen dabei Maßnahmen, die die Auswirkungen von Ebola begrenzen.

 **Ingrid Lebherz** • Tel 030 / 25292772
ingrid.lebherz@awointernational.de • www.awointernational.de

Finanzielle Sorgen im Pflegefall

41 Prozent der Bevölkerung sind laut aktuellem AWO-Sozialbarometer in Sorge um eine gute Versorgung im Pflegefall. Zwar sagten 55 Prozent, sie seien finanziell ausreichend abgesichert. In der Gehaltsgruppe mit einem monatlichen Einkommen unter 1.500 Euro sehen dies jedoch nur noch 42 Prozent so und 54 Prozent fühlen sich nicht ausreichend abgesichert. Dies ist umso bedenklicher, weil ein Großteil der Menschen sich oftmals keine zusätzliche Privatversicherung leisten kann. In diesem Zusammenhang sind auch die Ergebnisse mit Blick auf die Frage, ob der Anteil privater Vorsorge zur Finanzierung der Pflege angehoben werden sollte, einzuordnen. Nur 29 Prozent plädieren dabei für ein Mehr an privater Vorsorge. 57 Prozent der Befragten hingegen sehen in der Erhöhung der Beiträge zur derzeitigen Pflegeversicherung ein Mittel. Klar ist: Die Zahl der Erwerbstätigen – und damit auch die Zahl der Beitragszahler – sinkt; die Zahl der Leistungsempfänger wird angesichts der demografischen Entwicklung kontinuierlich zunehmen. Das heißt, die Ausgaben werden steigen.

Die Zukunft von Pflege erfordert an vielen Stellen ein Umdenken bei allen Verantwortlichen. Eine Pflege-Bürgerversicherung, die alle Einkommen erfasst, könnte eine hinreichende Finanzierungsgrundlage gewährleisten. Sie ist ohne zusätzliche Kosten umsetzbar und würde allen Bürgern eine ausreichende Absicherung gewährleisten, Leistungsverbesserungen ermöglichen und eine private Zusatzversicherung überflüssig machen. ❤️

»Ein weitreichendes Gerechtigkeits- und Finanzierungsverständnis in Politik und Gesellschaft ist notwendig, um den Menschen die Sorge vor dem Alter oder als Pflegebedürftiger zu nehmen.«

Brigitte Döcker, Mitglied des AWO Bundesvorstands

WAS MEINEN SIE?

Wie sollte Ihrer Meinung nach die Pflege der Zukunft aussehen?

Pflege sollte selbstbestimmt und individuell für die Patienten gestaltet sein.

Stefan D., Altenpfleger beim AWO Schöneberger Pflegeteam in Berlin



➔ Das AWO-Sozialbarometer fragt einmal im Quartal nach sozialpolitisch relevanten Themen in Deutschland. Es erfolgt in Kooperation mit dem Institut TNS Infratest. Vertiefende Informationen unter www.awo-sozialbarometer.org.

So denkt Deutschland über die Zukunft von Pflege

57%

der Befragten sind der Meinung, dass die Beiträge der Pflegeversicherung erhöht werden sollten.



59%

der Befragten halten die Einführung einer gemeinsamen Pflege-Bürgerversicherung für sozial gerecht.

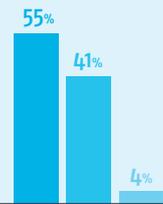


41%

der Befragten fühlen sich finanziell nicht ausreichend abgesichert, um sich im Pflegefall eine ausreichende Versorgung leisten zu können.

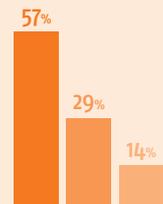


Fühlen Sie sich finanziell ausreichend abgesichert, um sich im Pflegefall eine gute Versorgung leisten zu können, oder fühlen Sie sich nicht ausreichend abgesichert?



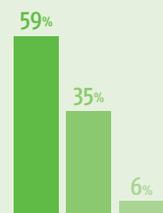
- Ja, fühle mich ausreichend abgesichert
- Nein, fühle mich nicht ausreichend abgesichert
- Weiß nicht / keine Angabe

Die gesetzliche Pflegeversicherung reicht häufig nicht aus, um eine gute Pflege im Alter zu garantieren. Was ist Ihre Meinung: Sollten zur künftigen Finanzierung der Pflege die Beiträge der Pflegeversicherung erhöht werden oder sollten die Pflegebedürftigen und ihre Angehörigen mehr selbst bezahlen beziehungsweise privat vorsorgen?



- Beiträge erhöhen
- Mehr selbst bezahlen
- Weiß nicht / keine Angabe

Ein weiterer Vorschlag zur künftigen Finanzierung der Pflege ist die Einführung einer Bürgerversicherung. Danach soll die Trennung zwischen gesetzlicher und privater Pflegeversicherung aufgehoben und stattdessen eine gemeinsame Pflege-Bürgerversicherung eingeführt werden, in die alle Bürger verpflichtend einzahlen und die bei der Erhebung der Beiträge alle Einkunftsarten berücksichtigt, also beispielsweise auch Kapitaleinkünfte. Halten Sie diesen Vorschlag zur Finanzierung der Pflege für sozial gerecht oder ungerecht?



- Sozial gerecht
- Sozial ungerecht
- Weiß nicht / keine Angabe

AWO THEMA

Seniorengerecht wohnen

Von ihrem Balkon in der seniorengerechten Wohnung der AWO können Elke (73) und Benno Schulz (78) auf ihre alte Wohnung blicken. Sie sind seit 46 Jahren glücklich verheiratet und inzwischen 30 Jahre im Erfurter Stadtteil Wiesenhügel zu Hause. »Noch brauchen wir keine fremde Hilfe«, so Elke Schulz, »aber es ist gut zu wissen, dass sie mit dem im Haus ansässigen ambulanten Pflegedienst sofort da wäre, wenn wir sie bräuchten.« Nicht zuletzt deshalb fühlen sie sich rundherum wohl in ihren neuen vier Wänden.





Zu Hause im Quartier

In der großen Mehrheit wird Pflege immer noch zu Hause geleistet. Dies wird aufgrund veränderter Rahmenbedingungen künftig nicht mehr so sein. Wie dieser Wandel im Sinne Pflegebedürftiger und deren Angehöriger bewältigt werden kann, zeigt der Themenschwerpunkt in diesem Heft. Im Mittelpunkt: eine zeitgemäße Senioren- und Pflegearbeit im Quartier.

In Zukunft pflegen

Die Pflege in Deutschland hat sich seit Einführung der Pflegeversicherung vor 25 Jahren und einer damit verbundenen Marktorientierung der Angebotsstrukturen stark verändert. Wir stehen, so lässt sich durchaus konstatieren, an einem Scheideweg bei der Frage, wie und wohin sich die Pflege in Deutschland entwickeln soll.

AUTORIN ANJA LUDWIG

Die Zahl der Herausforderungen im Bereich der Pflege ist groß, nur einige, aber zentrale, sollen hier skizziert werden. Die wohl wichtigste Herausforderung ergibt sich aus der wachsenden Zahl pflegebedürftiger Menschen und der sinkenden Zahl jener Personen, die Pflegeaufgaben übernehmen können oder wollen. Nicht minder bedeutsam ist die Frage, wie wir die Pflege unserer älteren Generation unter Beachtung des Selbstbestimmungswillens, des Teilhaberechts, der Menschenwürde und der Lebensqualität sicherstellen, wenn vor allem familiäre Systeme erodieren. Wie können wir eine menschenwürdige Pflege gewährleisten, wenn die demografiebedingte Verringerung der Einnahmen in den sozialen Sicherungssystemen einem gleichzeitigen Anstieg der Ausgaben und der von Altersarmut Betroffenen gegenübersteht? Wie kann die Qualität der Pflege für alle Menschen, unabhängig von deren sozialer Stellung, gewährleistet werden?

All diese Fragen konfrontieren unsere Gesellschaft mit Grundsatzentscheidungen, die auch den Auftrag zur Gestaltung der Strukturen implizieren. Dabei ist im Sinne der Menschen, um die es geht, Mut ebenso wie Vorsicht und Realitätssinn geboten.

»Die Übernahme von Pflegeaufgaben in der Familie ist für viele Angehörige oft Bedürfnis und Belastung zugleich. Nicht selten bleiben sie mit den vielfältigen Aufgaben der Pflege allein, geraten hierdurch in die soziale Isolation, in die Schuldenfalle oder werden krank.«

Die Grenzen familienorientierter Pflegesysteme

Die Übernahme von Pflegeaufgaben in der Familie ist für viele Angehörige oft Bedürfnis und Belastung zugleich. Nicht selten bleiben sie mit den vielfältigen Aufgaben der Pflege allein, geraten hierdurch in die soziale Isolation, in die Schuldenfalle oder werden krank. Da der Gesetzgeber weiß, dass das deutsche Pflegesystem ohne die breite Bereitschaft der Bevölkerung, Pflegeaufgaben in den Familien zu übernehmen (inklusive der Beauftragung und Beschäftigung von illegal tätigen Pflegekräften), kollabieren würde, hat man in den vergangenen Jahren viele rechtliche Möglichkeiten zur Entlastung der pflegenden Angehörigen (z.B. Familienpflegezeit, Entlastungskurse für pflegende Angehörige usw.) geschaffen.

Doch dieses gestützte Modell familialer Pflege steht auf äußerst wackligem Fundament. Die räumliche Distanz zwischen den Generationen hat sich durch die zunehmende Mobilität der Kinder-, teils auch der Elterngeneration in den letzten Jahrzehnten erhöht. Selbst wenn eine Bereitschaft zur Unterstützung vorhanden

wäre, könnte sie im Fall von Pflege nicht im notwendigen Maße kontinuierlich und umfassend genug geleistet werden. Immer häufiger geraten Kinder in den Konflikt, sich zwischen der eigenen beruflichen Entfaltung und der Übernahme von Pflegeaufgaben entscheiden zu müssen, und immer häufiger entscheiden sie sich für Ersteres. Zugleich wollen Eltern immer seltener von ihren Kindern gepflegt werden. Im Sinne des Prinzips »innere Nähe bei äußerer Distanz« sind sie bestrebt, ihre eigene Pflege so früh wie möglich selbst zu organisieren. Andere wiederum vermeiden die Vorsorge für das Alter und hoffen einfach nur, dass sich schon alles fügt, wenn es denn alleine nicht mehr geht.

PFLEGEBEDÜRFTIGE IN DEUTSCHLAND

- 2,50 Millionen Pflegebedürftige im Sinne des Pflegeversicherungsgesetzes (SGB XI)
- Davon wurden 1,76 Millionen aller Pflegebedürftigen zu Hause versorgt



Quelle: Statistisches Bundesamt 2014



Die Menschen müssen im Mittelpunkt stehen. Das Beispiel des AWO-Seniorenwohnhauses in Erfurt-Wiesenhügel zeigt, wie Fürsorge für Senioren und pflegebedürftige Menschen, etwa in Demenz-WGs, eine Selbstverständlichkeit sein kann.

Vor dem Horizont des demografischen Wandels werden wir es uns nicht mehr leisten können – weder mit Blick auf den Fachkräftemangel noch unter volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten –, einen nicht geringen Teil der Bevölkerung an die Pflege von Angehörigen zu binden. Skandinavische Länder beschreiten daher schon seit Langem andere Wege. Bedarfsdeckende Pflege ist dort eine öffentliche Aufgabe, die in der Mehrzahl in den Händen qualifizierter und bei der Kommune angestellter Fachkräfte liegt. Die angemessene Versorgung funktioniert gut. Zudem ist die Berufszufriedenheit und gesellschaftliche Anerkennung deutlich höher. Auch ist das gezahlte Gehalt bei Weitem höher als in Deutschland.

Solidarität als Alternative zum Familienmodell?

Nachdem über viele Jahrzehnte die Idee der Selbstverwirklichung und damit ein stark auf die eigene Person ausgerichtetes Gesellschaftsmodell propagiert wurde, wird seit einigen Jahren in Gesellschaft und Politik wieder vermehrt an das Solidaritätsbewusstsein der Bevölkerung appelliert. Der Aufruf zur Solidarität ist dabei nicht selten eine Reaktion darauf, dass ehemals stabile Strukturen des Sozialstaates zu zerbrechen drohen. In diesem Zusammenhang wird immer wieder das bürgerschaftliche Engagement zum Heilsbringer für die wegbrechenden Familienstrukturen und teils auch für die Übernahme von Aufgaben propagiert, die eigentlich der Staat leisten sollte.

Die Grenzen zwischen sozialversicherungspflichtigen oder beruflichen Arbeitsverhältnissen und dem Ehrenamt verschwimmen zusehends. Speziell in der Pflege spiegelt sich diese Entwicklung in dem seit Jahren lauter werdenden Ruf nach klugen Hilfe-Mix-Modellen und sogenannten Sorgenden Gemeinschaften wieder. Hiermit soll zum einen die Sorgeverantwortung auf mehrere Schultern verteilt werden, zum anderen soll sie auch dort zur Verfügung stehen, wo keine Familie existiert oder unterstützen kann.

»Pflege braucht in hohem Maße Kontinuität und Verlässlichkeit. Das moderne Selbstverständnis bürgerschaftlich Engagierter, u.a. möglichst zeitlich ungebunden und flexibel agieren zu können, steht dem jedoch entgegen.«

Beide Ansätze, verankert auf der Ebene des kleinräumigen Quartiers, können die Pflege von morgen zukunftsweisend mitprägen, sie werden jedoch nicht überall realisierbar sein. Beispiele im vorliegenden Heft zeigen einen Ausschnitt der Realität. Sie können aber keine Alternative zur familialen oder beruflichen Pflege darstellen. Es fehlt ihnen die Reziprozität der Familie und die vertragliche Bindung der beruflichen Akteure. Pflege braucht in hohem Maße Kontinuität und Verlässlichkeit. Das moderne Selbstverständnis bürgerschaftlich Engagierter, u.a. möglichst zeitlich ungebunden und flexibel agieren zu können, steht dem jedoch entgegen. Ebenso wird diese Verläss-

lichkeit konterkariert durch die bereits erwähnte hohe Mobilität der Bevölkerung. Menschen wechseln häufig ihre Lebensquartiere.

Wenn immer wieder suggeriert wird, dass das Potenzial Sorgender Gemeinschaften überall vorhanden ist und man es nur zu aktivieren braucht; wenn man die Erwartung schürt, dass hierdurch ein Alternativmodell zur bisher familienorientierten Pflege existiert, so ist dies gefährlich. Ein solches Alternativmodell ist vielerorts bisher eher Vision als Realität. Damit Menschen außerhalb verwandtschaftlicher Beziehungen Sorge füreinander übernehmen, ist vor allem ein Kulturwandel nötig, der Menschen aktiv bei der Gestaltung ihrer Lebenswerte und Lebenswelten beteiligt und den Blick vom Ich auf das Du und auf das Wir umlenkt. Die Aufforderung dazu allein wird nicht genügen. Es braucht hierfür monetäre wie ideelle Bereitschaft und den Willen der politisch Verantwortlichen, diesen Kulturwandel aktiv zu befördern.

Eines ist klar: Angesichts der dargelegten großen Aufgaben, die vor uns liegen, reichen kleine Schritte nicht aus. Wir müssen es wagen, über große Schritte und Veränderungen im Pflege- und Gesundheitssystem nachzudenken, um große Herausforderungen zu bewältigen. ❤️

➤ Weitere Informationen
AWO Bundesverband • info@awo.org

Kuchen backen in der Nacht

In einer ehemaligen Schule in Erfurt-Wiesenhügel, einem Plattenbaugebiet im Südosten der thüringischen Landeshauptstadt, gibt es seit Kurzem seniorenge-rechte Wohnungen, Demenz-WGs, einen ambulanten Pflegedienst, eine Begegnungsstätte des ansässigen AWO Ortsvereins und eine Quartiersmanagerin unter einem Dach. Eine Ortsbesichtigung.

AUTOR PETER KULEBA



Der Umtriebige

Michael Plhak ist seit 2009 Ortsteilbürgermeister auf »dem Huckel«, wie er seinen Kiez nennt, und genießt das Vertrauen der Anwohner. Seiner Beharrlichkeit ist es unter anderem zu verdanken, dass neben der Tram auch eine kurze Buslinie in Betrieb genommen wurde, die den Menschen die Versorgung in umliegenden Einkaufszentren sehr erleichtert.

Mitarbeiterinnen und Bewohnerinnen der Demenz-WGs am Heckenrosenweg haben sicher auf vieles zu achten, in jedem Falle aber auch auf ihre »Bella Figura«, steht doch wie von Zauberhand fast jeden Morgen ein leckerer Kuchen auf dem Küchentisch zum Naschen bereit; in der Nacht gebacken von Mitbewohnerinnen, die einen anderen Tag-Nacht-Rhythmus haben und in der Nacht aktiv sind.

Barrierefreies Wohnen

Ein Schmunzeln kann man sich bei dieser Anekdote, die eigentlich keine ist, womöglich nicht verkneifen. Doch sagt dies einiges über die Grundstimmung in den beiden WGs aus. Hier gibt es keine starren Pläne, geschweige denn zeitliche Vorgaben, die im Minutentakt abgearbeitet werden müssen. »Es geschieht alles nach dem Willen der Mieter, und dieser ändert sich immer«, so Susann Warnhoff, Leiterin der Seniorenwohngemeinschaft Heckenrosenweg. Rund um die Uhr werden die 18 Mieter in den zwei WGs betreut. Alle haben ihre jeweils eigene kleine, aber feine Wohneinheit. Sie leben selbstständig, können aber auf Wunsch am Gemeinschaftsleben der WGs teilnehmen. Die meisten Bewohnerinnen –

17 Frauen und ein Mann leben derzeit in den beiden Etagen – benötigen keine Pflege. Ist dies doch einmal der Fall, stehen die Profis vom ambulanten Pflegedienst im Erdgeschoss des Hauses am Heckenrosenweg sofort parat. Kurzum: Es gibt eine Betreuung rund um die Uhr, jenseits starrer Vorgaben, womit sich demenzkranke Menschen erwiesenermaßen sehr schwertun. Es verwundert daher kaum, dass manche Bewohnerin nach dem Einzug regelrecht aufblühte in diesem Umfeld.

So ging es im Übrigen auch Rolf Hellmich, als er übergangsweise an den Mahlzeiten einer WG teilnahm. Hellmich wohnt in einer der 31 seniorenrechten, barrierefreien Service-Wohnungen in der ehemaligen Schule. Seit dem Verlust seiner Frau vor ein paar Jahren grübelt er noch ein wenig mehr als sonst. Umso größer war die Freude über die Lebensfreude beim Zusammenkommen in der WG. Das kannte er so fast gar nicht mehr, bemerkte der über 80 Jahre alte, rüstige Rentner. »Das hat ihm richtig gutgetan«, freut sich Susann Warnhoff. Gefreut über den Umzug in eine der Wohnungen haben sich auch Elke und Benno Schulz.



KATI LANGENBERGER, QUARTIERSLOTSIN

Frau Langenberger, was hat Sie motiviert, Quartierslotsin auf dem Wiesenhügel zu werden?

Ich bin gerne in Kontakt mit Menschen, um mit ihnen gemeinsam etwas zu machen, gemeinsam etwas zu erarbeiten.

Was macht eine Quartierslotsin eigentlich?

Im Idealfall bin ich eine Art Scharnier zwischen verschiedenen Engagierten und ihren Engagementinteressen. Ich fühle mich als Koordinatorin für etwas, bin aber sicher keine Eventmanagerin oder Ähnliches. Die Menschen müssen ihre Anliegen freiwillig machen wollen; und dabei kann und möchte ich sie dann unterstützen.

Was ist das Ziel Ihrer Arbeit?

Ich möchte in und um die Begegnungsstätte herum für alle Bewohner im Quartier zu einem Treffpunkt, zu einem Kommunikationspunkt werden. Dass dies Zeit brauchen wird, ist mir völlig klar, aber erste Kontakte, die Offenheit der Menschen vor Ort, stimmen mich wirklich zuversichtlich.

➔ Kati Langenberger, 34, ist seit dem Sommer Quartierslotsin auf dem Wiesenhügel in Erfurt. Tel. 0361 / 213000400

Seit 30 Jahren wohnen sie »auf dem Wiesenhügel«. Jenem Stadtteil im Südosten Erfurts, der 1979 für die gut 5.500 Mitarbeiter des Optima-Werkes und deren Familien angelegt wurde. Noch zu Beginn der 1990er-Jahre wohnten circa 10.000 Menschen dort. Nach einigen Abriss- und Umgestaltungsmaßnahmen leben derzeit gut 5.000 Menschen in den zum Großteil renovierten Plattenbauten. Das Gebäude der alten Schule stand über einen längeren Zeitraum leer. Die Schulzinsen konnten von ihrem Balkon aus das Gebäude tagtäglich einsehen, und als plötzlich renoviert wurde, haben sie

Der Maler

Rudolf Hellmich, Bewohner einer seniorengerechten Wohnung im Heckenrosenweg, hat in einem Kurs bei Heiko Pagels in Erfurt das Aquarellmalen gelernt. Nach einer längeren Pause sinniert er darüber, Pinsel und Farben wieder zur Hand zu nehmen.





**SUSANN WARNHOFF,
WG-LEITERIN**

Frau Warnhoff, was ist das Besondere an »Ihren« Demenz-WGs?

Das Besondere bei uns sollte in der Pflege eigentlich selbstverständlich sein, ist es aber oftmals leider nicht: Bei uns geschieht alles nach den Willen und Wünschen der Bewohnerinnen und Bewohner. Und klar ist angesichts des Krankheitsbildes auch: Dieser Wille kann sich jederzeit ändern. Damit müssen wir Mitarbeiterinnen rechnen und auch darauf vorbereitet sein.

Die Stimmung in den WGs ist oft sehr gut. Die Bewohner wirken sehr vital. Täuscht der Eindruck?

Nein, das ist tatsächlich so. Ich würde auch so weit gehen und behaupten, dass manche Bewohner im normalen Betrieb einer stationären Einrichtung »untergehen« würden. Oder anders herum: Wir haben hier Bewohnerinnen, die von Tag zu Tag mehr aufblühen – eben weil wir sie lassen und keinen starren Vorschriften im Minutentakt folgen müssen.

➔ Susann Warnhoff (auf dem Foto rechts) ist Leiterin der Senioren-Wohngemeinschaft Heckenrosenweg.
Tel. 0361 / 213000400

einfach einmal vorbeigeschaut. »Als wir dann von den seniorengerechten Wohnungen lasen, wurden wir neugierig«, berichtet Elke Schulz. Ihr Mann hat zwar noch ein wenig mit den Folgen eines Schlaganfalls von vor zwei Jahren zu kämpfen, doch sind beide mit ihren 73 (Elke) und 78 (Benno) Jahren voller Lebensfreude. »Noch brauchen wir keine fremde Hilfe«, so Elke Schulz, »aber es ist gut zu wissen, dass sie mit dem ambulanten Pflegedienst sofort da wäre, wenn wir sie bräuchten.«

Kiezleben

Im Souterrain des Gebäudekomplexes sind die Begegnungsstätte »Heckenrose« des AWO Ortsvereins Südost und seit Kurzem auch ein Büro für die Quartierslotsin Kati Langenberger untergebracht. Es war den AWO-Verantwortlichen in den Bauplanungen von Beginn an ein Anliegen, einen Treffpunkt für die Mieter und die Senioren im Kiez anzubieten. Langenberger möchte verschiedene Akteure und engagementbereite Menschen zusammenbringen, um den Sozialraum gut zu vernetzen, Selbsthilfe zu organisieren, Beratungsangebote bereit-

Die Engagement-Instanz
Uwe-Jörg Hörschelmann ist Vorsitzender des AWO Ortsvereins Südost. Mit Fertigstellung der neuen Seniorenwohnanlage am Heckenrosenweg hat der Ortsverein nun verbesserte räumliche Rahmenbedingungen, um auch das Verbandsleben des Ortsvereins neu zu beleben.



zuhalten und ehrenamtliche Angebote zu vermitteln. Noch befindet sie sich in einer Art Kiezfindungsphase, aber von Tag zu Tag lerne sie den Wiesenhügel und dessen Bewohner besser kennen. Hilfreich ist da sicher auch der »gute Draht« zu Ortsteilbürgermeister Matthias Plhak, der sich auf dem Wiesenhügel bestens auskennt und großes Vertrauen der Bürger genießt. Ein erster Tag der offenen Tür stieß auf gute Resonanz und förderte weitere Anregungen zutage. Ob ihre Arbeit in das gesamte Quartier Wiesenhügel hineinreicht, sei jetzt natürlich noch nicht abzusehen, betont die Quartierslotsin. Doch wolle man versuchen, eine möglichst breite Angebotspalette bereitzuhalten, um möglichst viele Menschen anzusprechen. Kati Langenberger »kann sich der Unterstützung durch den AWO Ortsverein gewiss sein«, wie ihr Vorsitzender Uwe-Jörg Hörschelmann betont. Der AWO Ortsverein Südost ist einer von drei Ortsvereinen des AWO Kreisverbandes Erfurt.



Das WG-Treffen

Zu den Mahlzeiten kommen die jeweils neun Mieter der zwei Wohngemeinschaften in ihren Küchen zusammen. Die Freude ist bei allen Beteiligten groß. Nachmittags gibt es hier oft des Nächtens gebackenen Kuchen. Die Stimmung ist gut; an manchen Tagen ausgelassen. Dann werden auch schon einmal alte Lieder im Chor zum Besten gegeben.

Insbesondere die Förderung ehrenamtlicher Arbeit und niedrigschwelliger sozialer Projekte steht im Fokus des Vereins. Die Begegnungsstätte auf dem Erfurter Wiesenhügel bietet dafür optimale Voraussetzungen, so Hörschelmann. Der Ortsverein habe in seinem neuen Domizil »sehr gute Voraussetzungen für seine Arbeit und Aufgaben gefunden«, so ein sichtlich zufriedener Ortsvereinsvorsitzender. In den Diskussionen über das Leben im Alter oder im Pflegefall werden verschiedene Modelle und Ideen diskutiert. Wichtig wird es sein, den Betroffenen Angebote zu machen, damit sie möglichst lange ein selbstbestimmtes Leben führen können; ob in den eigenen vier Wänden, in einer seniorengerechten

Wohnanlage, einer Senioren-WG oder im schweren Pflegefall in einer Demenz-WG. Das »Wohnen in der Schule« auf dem Wiesenhügel zeigt exemplarisch, wie dies möglich gemacht werden kann: Diejenigen, die Hilfe und Unterstützung brauchen, stehen hier genauso im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit wie jene, die sich engagieren und im Quartier einbringen möchten. ♡

➔ AWO-Seniorenwohnhaus
Heckenrosenweg 2, 99097 Erfurt,
Tel. 0361/2130033



Die Wohlfühloase

Alle Bewohner haben ein großes Zimmer und ein geräumiges Bad. Der Wohnbereich in den Demenz-WGs kann nach den eigenen Vorstellungen der Mieter eingerichtet werden. Wer seine Katze mitbringen möchte, kann dies tun. Ebenso finden alle wichtigen persönlichen Gegenstände, Erinnerungsstücke und – wie in diesem Falle – Figuren aus dem tschechischen Marionettentheater Spejbl und Hurvínek Platz. Die Bewohner sollen sich zu Hause fühlen.

Ein lebenswertes Leben leben

Was ist nötig, um Armut in der Pflege zu verhindern und Teilhabe im Alter zu ermöglichen? Ein Interview mit der Expertin Susanne Kümpers von der FH Fulda über ein würdiges Leben im Alter.

INTERVIEW PETER KULEBA



Professorin Kümpers, hat Armut auf die Gesundheit und damit auch auf das Leben im Alter Auswirkungen?

KÜMPERS Ja, der Satz »Ärmer stirbt früher« trifft leider zu. Verschiedene Studien belegen, dass beispielsweise Männer, die weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens beziehen, eine um mehr als zehn Jahre verminderte Lebenserwartung haben im Vergleich zu denjenigen, die mehr als 150 Prozent des mittleren Einkommens erhalten. Der Unterschied der gesunden Lebenserwartung wiederum ist mit fast 15 Jahren noch größer. Sprich: Arme Männer sterben nicht nur früher; sie verbringen auch noch einen deutlich längeren Teil ihres Lebens in Krankheit. Bei Frauen fallen diese Unterschiede geringer aus.

Ärmere Menschen sind also weniger lange gesund und zugleich länger mit Krankheiten konfrontiert?

KÜMPERS Ja. Vielleicht kennen Sie die Unterscheidung zwischen dem sogenannten dritten und vierten Alter. Demnach sind die Menschen im dritten Alter noch tatkräftig und vital. Es mag mehrere Krankheitsdiagnosen geben, aber eigentlich können die Betroffenen noch fast alles machen. Im vierten Alter werden Menschen gebrechlich, schutz- und unterstützungsbedürftiger. Gemeinhin haben die Menschen dann ein Alter zwischen 80 und 85 Jahren erreicht. Menschen, die in Armut leben, leiden an Krankheit und Beeinträchtigungen im Durchschnitt 15 Jahre früher.

Wie ist das in einem vermeintlich so wohlhabenden Land wie Deutschland möglich?

KÜMPERS Nun ja, es ist die Frage, was wir alle unter menschenwürdig verstehen; was man konkret als Grundsicherung zur Verfügung stellen will. Das ist eine gesellschaftspolitische Festlegung. Was möchte die Gesellschaft für Menschen zahlen, die kein Geld haben und in ihrem Leben – aus welchen Gründen auch immer – nicht erwirtschaften konnten?

In der Diskussion über die Zukunft der Pflege und Verhinderung von Armut durch Pflege wird häufig über Autonomie und Selbstbestimmung der Pflegebedürftigen diskutiert. Was ist mit diesen Begriffen eigentlich gemeint?

KÜMPERS Ich würde den Begriff Autonomie relativ nah an die Selbstbestimmung setzen. Im Alltagsverständnis wird Autonomie häufig so verstanden: Ich kann mich selbst ohne Hilfe von außen versorgen. Das wäre eher Autarkie. Autonomie bedeutet Eigengesetzlichkeit: Ich kann selbst bestimmen.

Wenn ich Dinge nicht mehr selber tun kann, dann hängt es davon ab, wie Hilfe und Unterstützung organisiert sind, ob ich noch selbst bestimmen kann, was mit mir passieren soll; wann ich wie und auf welche Weise gepflegt werde; welche Unterstützung ich möchte und welche nicht; was mir wichtig und was mir weniger wichtig ist. Das heißt, die Frage der Autonomie, der Selbstbestimmung ist auch dann zu stellen, wenn wir nicht mehr alles selber tun können.

Das könnte wie gehen?

KÜMPERS Exemplarisch ist etwa, was sich die Menschen mit Behinderung mit dem Konzept von Assistenz erstritten haben. Demnach geht es nicht darum, dass Betroffene nach institutionell festgelegten Vorschriften bestimmte Dienstleistungen erhalten, sondern sie bekommen »Stunden« und »Menschen« zur freien Verfügung und können bestimmen, wie sie diese Unterstützung verwenden möchten, um so zu leben, wie sie das möchten. Von diesem Grundgedanken könnten wir in Diskussionen über die Zukunft von Pflege einiges gebrauchen. Denn in einem Pflegesystem, in dem wir vorgeschriebene Verrichtungen haben, die in einer bestimmten Weise abgerechnet werden, kann eine alte Dame eben nicht sagen: Das ist derzeit nicht so gut für mich, ich möchte diese Woche die Zeit und Hilfe lieber für etwas anderes verwenden.

Sind starre Festlegungen eine Folge des Pflegeversicherungssystems, und wenn ja, was müsste geändert werden?

KÜMPERS Ja, das ist sicher eine Folge der Pflegeversicherung und ihrer Ausgestaltung. Das wird sich hoffentlich grundlegend ändern, wenn wir den veränderten Pflegebedürftigkeitsbegriff hoffentlich in zwei, drei Jahren bekommen werden. Dies halte ich für äußerst notwendig. Zusätzlich wäre zu überlegen, ob nicht die Kommunen eine größere Rolle zu spielen hätten.

Inwiefern?

KÜMPERS Die Pflegeversicherung wird ja im Wesentlichen ortsunabhängig gesteuert. Es wäre aber sinnvoll, wenn die Kommunen in der Ausgestaltung, in der Verhandlung, in der Netzwerkbildung eine größere Rolle spielen, da man wohnortnahe Versorgung letzten Endes am besten mit den Akteuren vor Ort organisieren kann. Derzeit nutzen Kommunen die wenigen Steuerungsmöglichkeiten, die sie haben, in unterschiedlicher Weise. Ich denke jedoch, dass ihre Kapazitäten, Kompetenzen und Steuerungsmöglichkeiten verbessert werden sollten. Der willkommene Nebeneffekt: Es könnte auch wieder politischer werden; vor Ort könnten sich Bürgerinnen und Bürger mehr einmischen.

Derzeit wird der 7. Altenbericht der Bundesregierung ausgearbeitet. Dort geht es vor allem um Sorge und Mitverantwortung in der Kommune. Was wäre denn ein Ideal-Quartier?

KÜMPERS Ein solches Quartier hielte Treffpunkte vor, die barrierefrei erreichbar sind, wo jemand Tag für Tag präsent ist, um Initiativen zu unterstützen, und Sinn und Verstand dafür hat, was man mit den verschiedenen Gruppen im Quartier entwickeln kann.

Wie ist es in den Quartierdebatten um Orte in ländlichen Regionen bestellt?

KÜMPERS Es gibt in ländlichen Räumen im Moment in vielen Regionen selbstorganisierte Initiativen für Bürgervereine, die sagen: Wir wollen bei uns vor Ort Infrastrukturen für und mit Älteren entwickeln; wir wollen schauen, was wir mit den Älteren gemeinsam machen können und ob wir bspw. eine Demenz-WG einrichten.

Ist ein selbstbestimmtes Leben für jene Pflegebedürftigen besser zu führen, die bildungsnäher und ökonomisch bessergestellt sind?

KÜMPERS Sagen wir es so: Wenn man mehr Geld hat, ist vieles grundsätzlich einfacher. Insbesondere macht der Verlust selbstständiger Mobilität Selbstbestimmung für ärmere Menschen noch schwieriger.

Zum Beispiel?

KÜMPERS Dass ich nicht mehr alleine aus dem Haus kann; dass ich als Betroffener die teurere Wohnung in einem Haus mit Aufzug nicht bezahlen kann. Wenn der öffentliche Nahverkehr nicht barrierefrei nutzbar ist, aber das Taxi nicht bezahlt werden kann. Unter Leute kommen, sich mit Menschen treffen können, das wünschen sich die meisten, solange sie nicht wirklich sehr, sehr krank sind. Und dann ist Armut eben ein Handicap, weil die Betroffenen Mobilitätseinbußen nicht überbrücken können.

Was sind für Sie zentrale Stellschrauben, um Armut und Ungleichheit im Alter und in der Pflege zu verhindern?

KÜMPERS Die Stellschrauben sind nicht nur mehr Geld und weitere Möglichkeiten der Armutsprävention, obwohl das natürlich wichtige Faktoren sind. Ebenso wichtig ist: Wie kann man das Leben in einem Kiez, in dem viele Menschen mit geringen Ressourcen leben, trotzdem lebenswert gestalten? Wie kann man das Leben dort in einer Weise unterstützen, dass es eben nicht die einzige Option ist, allein in der Wohnung zu sein und diese nicht mehr zu verlassen? Dafür muss es Treffpunkte geben, wo man eben kein Geld ausgeben muss, um mit anderen Menschen zusammen zu sein. Wie kann man den öffentlichen Raum so gestalten und organisieren, dass Menschen mit psychischen oder sozialen Barrieren sich wohlfühlen können und sich eingeladen fühlen, dass sie sich beteiligen mögen? Darüber gibt es bereits viel Wissen. In der ersten Phase vom Programm Soziale Stadt wurde bspw. einiges dazu entwickelt. Daran können und müssen wir anknüpfen.

Welche Rolle können in den beschriebenen Zusammenhängen Wohlfahrtsverbände spielen?

KÜMPERS Wohlfahrtsverbände verfügen über viel professionelles Wissen. Wohlfahrtsverbände haben auch manche Kapazitäten, die zum Beispiel private Pflegedienste seltener haben: Sie sind zumeist im Bereich der Pflege ebenso tätig wie im Bereich der offenen Altenhilfe. Aktuell sehen wir das Problem, dass vieles getrennt voneinander läuft und sogar vorhandene Angebote wegen fehlender Informationen kaum genutzt werden. Wohlfahrtsverbände könnten es vielleicht mancherorts leichter haben, Kompetenzen zu bündeln und sektorenübergreifend zu organisieren. ❤️

SUSANNE KÜMPERS

Dr. Susanne Kümpers ist Professorin für Qualitative Gesundheitsforschung, Soziale Ungleichheit und Public-Health-Strategien im Fachbereich Pflege und Gesundheit der HS Fulda und Mitglied der Siebten Altenberichtscommission der Bundesregierung zum Thema »Sorge und Mitverantwortung in der Kommune. Aufbau und Sicherung zukunftsfähiger Gemeinschaften«



Alle können mitentscheiden

In enger Kooperation mit der Stadt Baunatal und weiteren Netzwerkpartnern entwickelt die AWO Nordhessen in Baunatal das »AWO-Quartier am Stadtpark«, das in das tägliche Leben der Stadt ausstrahlen möchte. Eine Quartiersmanagerin ist dort angesiedelt und sorgt dafür, dass Worten auch Taten folgen.

AUTORIN SIGRID WIEDER

Wer wünscht sich das nicht: eine gute Nachbarschaft im Wohnviertel, wo man sich gegenseitig unterstützt, die Bereitschaft, für ältere Mitbürger da zu sein, und als älterer Mensch am öffentlichen Leben teilhaben, trotz Beschwerden und Behinderung. Auf einer Auftaktveranstaltung nutzten kürzlich zahlreiche Gäste in Baunatal die Chance, genau darüber in aller Offenheit zu sprechen. Die AWO Nordhessen hatte geladen, um sich mit den Bürgern im Kiez zu vernetzen und Ideen zu entwickeln, wie das Quartier am Stadtpark für Jung und Alt belebt werden kann.

Dabei wurde deutlich, dass Kommunikation, Vernetzung und die Organisation von selbstbestimmtem Leben eine große Rolle spielen vor dem Hintergrund einer veränderten Lebenssituation wie Verlust des Partners oder Umzug. Aber auch Kinderbetreuung, Hilfe bei Pflegebedürftigkeit sowie der Wunsch, nicht alleine zu sein, sind vielen Menschen wichtig. Die AWO Nordhessen greift den Gedanken der Selbstorganisation auf, indem sie Hilfsangebote und professionelle Dienstleister zur Verfügung stellt, die es ermöglichen, so lange es geht ein selbstbestimmtes Leben zu führen. Zu den neuen Ideen, wie Alt und Jung, Groß und Klein, Familien und Singles gut zusammenleben können, gehören Bürgerbeteiligung und Ehrenamt, aber ebenso auch kreative Projekte. In lockerer Atmosphäre erarbeiteten die Bürger auf der Veranstaltung an Gruppentischen Themen wie: »Das Wohnquartier gestalten wir!«, »Ohne Ehrenamt geht es nicht«, »Wohnraum für Menschen in allen Lebenslagen« und »Quartiersmanagement gibt Sicherheit«. Vom Quartiersmanagement wünschen sich die Bürger die Ermittlung von Bedarfen der Anwohner und eine Vermittlung der passenden Angebote. Hierzu sollen auch ehrenamtliche Quartiersbotschafter zum Einsatz kommen. Für das Ehrenamt gab es schnell Ideen für Angebote, wie Begrüßung



»Die AWO Nordhessen greift den Gedanken der Selbstorganisation auf, indem sie Hilfsangebote und professionelle Dienstleister zur Verfügung stellt, die es ermöglichen, so lange es geht ein selbstbestimmtes Leben zu führen.«

von Neubürgern, PC-Kurse, Unterstützung im Haushalt und bei der Betreuung von Haustieren sowie Hausmeisterdienste und Einkaufshilfen. Das Wohnquartier mitzugestalten, war allen Bürgern wichtig, und so wünschen sie sich Barrierefreiheit, Freizeit- und Wohnangebote für alle Altersgruppen, Informationen über freie Wohnungen und anstehende Bauprojekte. Wohnraum in allen Lebenslagen war ein weiteres Stichwort, bei dem die Schnittmenge aller Themen sichtbar wurde. Wichtig seien die zentrale Lage, gute Verbindungen im öffentlichen Personennahverkehr, nachbarschaftliche Hilfe, aber auch Rückzugsmöglichkeiten. Als Hauptthemen blieben Selbstbestimmung, Selbstorganisation und Lebensqualität.

Die nächsten Projekte wurden am Schluss des Forums bereits konkretisiert. Es sollen feste Bürozeiten für das Quartiersmanagement eingerichtet, die Nachbarschaftshilfe vorangebracht, Hilfen untereinander vermittelt werden und ein monatliches Nachbarschaftsfrühstück stattfinden. Das »Forum für alle« soll sich im Frühjahr 2015 wiederholen, um Rückblick und Ausblick im Kiez zu diskutieren. ❤️

➔ AWO Begegnungsstätte der Generationen – Am Stadtpark
Am Stadtpark 10 B, 34225 Baunatal • Tel. 0561 / 497623

Fürsorge ist nicht delegierbar



Was ist für eine zeitgemäße Pflege in Stadt und Land, in der Familie, stationär oder ambulant notwendig? Hinweise aus der Praxis von Michael Selck.

INTERVIEW PETER KULEBA

1 Herr Selck, lassen sich familiäre Unterstützungssysteme in der Pflege eigentlich durch bürgerschaftliches Engagement kompensieren?

Die Familie ist zwar immer noch der größte Pflegedienst in Deutschland, der steigende Unterstützungsbedarf kann in Zukunft aber nicht allein durch Angehörige erbracht werden. Familiäre Pflegearrangements werden sich in den nächsten Jahren deutlich verändern: Kleinere Familien, zunehmende Erwerbstätigkeit von Frauen und größere räumliche Entfernungen werden dazu beitragen, dass sich die »klassischen Familienstrukturen« wandeln. Professionelle Unterstützung, Freunde und Nachbarn, aber auch das bürgerschaftliche Engagement werden an Bedeutung gewinnen. Je größer die eigenen sozialen Netzwerke sind, desto wahrscheinlicher wird die Unterstützung bei der Pflege auch im privaten Umfeld gelingen. Grundsätzlich gilt es deshalb, auch in der Pflege die Eigenverantwortung des Einzelnen zu fördern und zu stärken. Allerdings können mangelnde öffentliche Infrastrukturentwicklungen weder mit familiären Anstrengungen noch durch bürgerschaftliches Engagement ausgeglichen werden. Ehrenamt kann unterstützen und ergänzen, aber nicht kompensieren.

2 Sind technische Systeme zur Unterstützung pflegebedürftiger Menschen im Alltag inzwischen ausgereift genug, um den Menschen zu helfen?

Der Einsatz von Technik ist in der Pflege schon allgegenwärtig, in der Dokumentation, in der direkten Unterstützung durch Hilfsmittel oder als interaktives Kuscheltier wie die Robbe Paro. Ob die Systeme ausgereift genug sind, ist nicht allein eine Frage der Technik. Der Einsatz altersgerechter Assistenzsysteme wirft vielmehr ethische und moralische Fragen auf. Uns interessiert, was technisch verantwortet werden kann, und nicht, was technisch

möglich ist. Technologische Innovationen dürfen nicht zu einer Entmenschlichung der Pflege führen, sie müssen dazu beitragen, die Selbstbestimmung und Lebensqualität der Pflegebedürftigen zu fördern. Da, wo Technik dazu beitragen kann, den Alltag zu erleichtern, sollten wir sie nutzen, allerdings vor dem Hintergrund von ethischen Leitlinien. Demenzkranke Menschen haben zuallererst Anspruch auf menschliche Zuwendung – Fürsorge lässt sich nicht an Technik delegieren.

3 Wo sind nach Ihren Erfahrungen die größten Herausforderungen für Pflegeversorgung im ländlichen Raum?

Gerade der ländliche Raum zeichnet sich durch oft gegensätzliche Entwicklungen aus: Schrumpfende und wachsende Kommunen liegen häufig dicht beieinander. Folglich ist es nicht hilfreich, die Entwicklungen anhand traditioneller Muster (z.B. Stadt/Land) zu skizzieren. Regionale Entwicklungskonzepte müssen erarbeitet und kommunale Verantwortlichkeiten stärker ins Bewusstsein gerückt werden. Die Erreichbarkeit und verlässliche Sicherstellung von Pflege wird in dünn besiedelten oder schrumpfenden Räumen eine zentrale Herausforderung darstellen. Die Zusammenfassung von Leistungen an zentralen Orten, die enge Kooperation von stationären und ambulanten Angeboten, mobile Versorgungsangebote und auch Telemedizin sind einige Stichworte für weitere Entwicklungsaufgaben. ❤

MICHAEL SELCK



Michael Selck ist Landesgeschäftsführer beim AWO Landesverband Schleswig-Holstein e.V.

➔ Michael Selck
michael.selck@awo-sh.de
www.awo-sh.de

Migrationserfahrung und Demenz - Herausforderung für die Pflege

AUTORIN OLIVIA DIBELIUS

»Ich vergesse massenhaft Worte und fühle mich hilflos – es ist fast so wie bei meiner Ankunft in Deutschland vor 40 Jahren«. Dieser Ausspruch eines Betroffenen bringt ein Thema auf den Punkt, das hierzulande in der Öffentlichkeit bisher kaum wahrgenommen wird: Demenziell Erkrankte mit Migrationshintergrund finden kaum Beachtung, weil sie alt und gebrechlich sind und ihnen lange Zeit lediglich ein »Gaststatus« zugebilligt wurde. Selbst in der Forschung ist diese Thematik bisher nur punktuell behandelt worden. Was die Inanspruchnahme der Regelversorgungsangebote der Altenpflege und Altenhilfe durch die Migranten betrifft, so fällt sie eindeutig geringer aus als in der Gesamtbevölkerung. Angesichts der Bevölkerungsentwicklung ist bei diesem Personenkreis allerdings ein erheblicher Zuwachs des pflegerischen Bedarfs zu erwarten. Ursächlich sind die häufig größeren gesundheitlichen Beeinträchtigungen der Betroffenen sowie deren Singularisierung. Die Strukturen des Gesundheitswesens und insbesondere die der Altenpflege und Altenhilfe werden sich in Zukunft verstärkt für diese Zielgruppen öffnen müssen. Daraus ergeben sich für die Pflege und das Pflegemanagement entsprechende Herausforderungen. Neue Pflegekonzepte und Organisationsstrukturen, vor allem der Abbau von bildungsbedingten, sprachlichen und sozio-kulturellen Hürden, sind notwendig.

Die Mehrheit der demenziell erkrankten Menschen mit und ohne Migrationshintergrund wird zu Hause von weiblichen Angehörigen gepflegt. Pflegenden Angehörige von Menschen mit Demenz sind über-

OLIVIA DIBELIUS



Prof. Dr. Olivia Dibelius lehrt an der Evangelischen Hochschule Berlin im Studiengang Pflegemanagement vor allem zu den Themenfeldern »Pflegewaterwissenschaft, Pflege von älteren Menschen, Migration«.

durchschnittlich hoch belastet. Neue Forschungsergebnisse besagen, dass pflegende Angehörige mit Migrationshintergrund zwischen 5 und 10 Jahren benötigen, um Hilfe zulassen zu können oder eine Beratung in Anspruch zu nehmen. Es gibt jedoch positive Entwicklungen. So erreichen Informationen und Angebote betroffene Familien inzwischen sehr viel schneller; Kinder und Enkel der ersten Generation werden sehr viel früher aktiv, wenn die Pflege ihrer Angehörigen ansteht. Statt der herkömmlichen stationären Pflegeeinrichtungen, die bisher von den Betroffenen und deren Familien überwiegend abgelehnt werden, etabliert sich mancherorts ein Netzwerk von Tagespflegeeinrichtungen und Wohngemeinschaften für Menschen mit Migrationserfahrungen und Demenz. Dies ist vor allem in Berlin der Fall, das sicher eine Vorreiterrolle bei dem Thema eingenommen hat. Hier gibt es mittlerweile ein breites Angebot für die genannte Gruppe, dies vor allem für Menschen türkischer Herkunft. Die Leitungen und Mitarbeiter dieser Einrichtungen haben selber Migrationserfahrungen und gehören zu der zweiten Generation.

Die Etablierung und Entwicklung solcher Modelle ist auch in strukturschwächeren Regionen notwendig. Wichtig wird es zudem sein, künftig alle Migrationsgruppen bei den Entwicklungen zu berücksichtigen. Auch sie brauchen eine Lobby, um Beratungsstellen und Versorgungsangebote für hier alt werdende Menschen mit Demenz aufbauen zu können. ❤

IM NÄCHSTEN HEFT

Gut beraten.

Beratung ist ein wichtiges Handlungsfeld der AWO. Das kommende Heft gibt einen Einblick in die vielfältigen Angebote Sozialer Arbeit.

